

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 20841
Wohn- u. Geschäftsstraße: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsführer:
Dresden - N. L. Wartenstraße 88/89

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.
Vollzugspreis für Monat Februar 3.40 Mk. einschließlich 30 Wp. Vollgebühr ohne Vollzugsgebühr.
Wohnnummer 10 Wp., außerhalb Dresden 15 Wp. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Wohnort berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 50 Wp., für auswärts 40 Wp. Familien-
anzeigen und Zeitungsstücke ohne Rabatt 15 Wp., außerhalb 20 Wp., die 30 mm breite Reflektierte
200 Wp., außerhalb 250 Wp. Cifertingebühren 50 Wp. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Wilschstr. 106a Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachr. u. Verlags- u. Anzeigen-
Geschäftsstelle werden nicht aufbewahrt)

Belastungsprobe der Koalition

Ein abgefangener Vorstoß des Zentrums gegen den Reichsaußenminister

Die Besprechungen der Parteiführer

Donnerstag neue Krise

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Febr. Auf die heutige Besprechung, die die Reichsregierung mit den Führern der Parteien über die Saarverhandlungen und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen hatte, wird am Donnerstag eine weitere Besprechung folgen, die der Erörterung von Finanz- und Steuerfragen gewidmet ist. Bei der heutigen Besprechung auch zu einem Einvernehmen zwischen Regierung und Parteien geführt, so ist das von der kommenden Besprechung noch ziemlich ungewiss. Man geht in parlamentarischen Kreisen sogar so weit, zu behaupten, die neue Besprechung werde gewissermaßen

die Probe auf die Haltbarkeit der Koalition

sein. Zwar liegen genauere und ins einzelne gehende Mitteilungen über die Absichten des Reichsfinanzministers, so über die Erhöhung der Umsatzsteuer und andere Projekte noch nicht vor, weil das Kabinett dazu erst Stellung zu nehmen hat, immerhin aber zeigt sich schon jetzt, daß die Meinungen der Regierungsparteien in diesen finanziellen Fragen doch ziemlich stark auseinandergehen. Selbst zwischen Parteien, die in einer so engen Gemeinschaft stehen wie das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, sind in den finanziellen Fragen Gegenüberstellungen vorhanden, die sich bei diesen Parteien insbesondere auf die Frage der Steuererhöhten. Die Mitteilungen, die die Reichsregierung am kommenden Donnerstag zu machen hat, werden nun auch zeigen, ob die Bindungen, die zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei bestehen und die in den letzten Tagen in Berlin und in München noch fester geknüpft wurden, ausreichend sein werden, um das eng zusammengehende auch in Zukunft zu ermöglichen.

Naturngemäß hat das Ergebnis der heutigen Besprechungen in den parlamentarischen Kreisen eine ziemlich lebhaft erörterung gefunden, vor allem deshalb, weil man

nach der Ankündigung des Zentrums vor einigen Tagen, daß es von der Regierung restlose Zustimmung über die Saarfragen und das polnische Liquidationsabkommen fordere, angenommen hatte, daß das Zentrum der Regierung ziemlich hart zusehen würde, denn bekanntlich wird sowohl von den Saarverhandlungen, als auch von dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen das Zentrum ziemlich nahe berührt, da es im Saargebiet und in Oberschlesien sehr stark vertreten ist. Nun ist es heute

dem Reichsaußenminister Dr. Curtius gelungen, den Vorstoß des Zentrums sehr geschickt anzufangen und seine beabsichtigte Wirkung ganz erheblich zu mildern. Ohne allen Zweifel war das Zentrum zu den heutigen Verhandlungen mit der besten Absicht erschienen, der Regierung loszulassen etwas zuzugestehen.

Von Seiten der Regierung ist nun anscheinend nicht nur dem Zentrum, sondern auch den übrigen Parteien klargemacht worden, daß es den Bestand der Koalition unnötig erschweren würde, wenn die Parteien schon in der Frage des polnischen Liquidationsabkommens der Regierung Opposition machten, wo doch die weit schwierigeren Finanz- und Steuerfragen noch bevorstehen. Es ist, wie es scheint,

der Reichsregierung auch gelungen, mit der preussischen Regierung hinsichtlich des Liquidationsabkommens ein Übereinkommen zu erzielen.

Preußen will aus dem deutsch-polnischen Vertrag keinen

Schaden erleiden und keine polnischen Forderungen übernehmen. Der preussische Finanzminister hat noch unlängst in einem Memorandum, das der Reichsregierung zugeleitet wurde, zum Ausdruck gebracht, daß das Liquidationsabkommen keinerlei Benachteiligungen Preußens mit sich bringen dürfe. Preußen hat weiterhin durchblicken lassen, daß es sich im Reichsrat gegen das Abkommen aussprechen müßte, wenn es mit Voten für Preußen verbunden wäre. Das Reich hat sich nun wohl dazu bereitgefunden, die Kosten aus diesem politischen Vertrag zu übernehmen, so daß sich für Preußen kein Anlaß zu einem Widerspruch ergibt.

Der Reichsaußenminister Curtius ist im Gegenzug zu der insbesondere vom Zentrum verfolgten Auffassung heute auch dafür eingetreten, daß

das parlamentarische Schicksal des Nonnplanes nicht von dem des polnischen Abkommens getrennt werden möge,

da er diese Trennung zwar nicht formal, aber aus politischen Gründen für bedenklich halte. Nach Versionen aus demokratischen Kreisen soll der Reichsaußenminister Dr. Curtius sogar erklärt haben, daß er das Abkommen für gut und im nationalen Interesse für wünschenswert halte. Ob sich die Parteiführer, denen das Abkommen heute zum ersten Male ausführlich und vollständig bekanntgegeben wurde, dieser Auffassung in ihrer Gesamtheit angeschlossen haben, steht im Augenblick allerdings noch dahin. Man wird es aber wohl annehmen können, denn die Besprechung schloß ja mit der Feststellung, daß sich zwischen Regierung und Parteien in den heute behandelten Franco-Komplexen keinerlei Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten.

Nun weist man in parlamentarischen Kreisen noch darauf hin, daß das Zentrum mit der heutigen Besprechung nicht lediglich eine Informierung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und den Stand der Saarverhandlungen erzielte, sondern vor allen Dingen auch feststellen wollte,

wie weit denn die einzelnen Regierungsparteien eigentlich bereit seien, die Handlungen der Regierung zu decken.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Sozialdemokratie zum größten Teil reagerungsunfähig geworden ist und, um der kommunistischen Agitation das Wasser wieder einmal abzugraben, das Bedürfnis verspürt, an der Regierungsbankarbeit heraus und wieder in die Oppositionskellerei zu kommen. Nun konnte sich in der heutigen Besprechung allerdings noch nicht voll erweisen, wie weit die Sozialdemokraten bereit sind, die Aktionen der Regierung zu decken, da die heute behandelten Gegenstände für die Sozialdemokratie keine großen Steine des Anstoßes bilden.

Das Zentrum hat aber durch seinen Vorstoß immerhin erreicht, daß in aller Kürze die Fragen, die für die Sozialdemokratie von einschneidender Bedeutung sind, behandelt werden müssen.

Man wird also am kommenden Donnerstag schon klarer sehen, hier werden dann immerhin Dinge zur Behandlung gelangen, die der Sozialdemokratie nicht so ohne weiteres in den Kram passen. Man hat daher in den parlamentarischen Kreisen durchaus recht, wenn man die Auseinandersetzung am Donnerstag als die Probe auf die Haltbarkeit der Koalition bezeichnet. Es kann nun sehr leicht der Fall sein, daß die Koalition diese Haltbarkeitsprobe nicht besteht. Ob es gelingen wird, die Regierungsparteien bis zur Verabschiedung des Haushalts für 1930 beizuhalten, ist eine Angelegenheit, die man im Reichstag vielfach schon recht skeptisch beurteilt hat. Man wird daher dem Ausgang der Besprechungen am Donnerstag mit um so größerem Interesse entgegenzusehen haben.

Die versteuerte Minna

Wie erstens die Not macht, das zeigen finanzbelämmerte Gemeinden jetzt jeden Tag aufs neue mit den sonderbaren Blüten, die sie, in ihre Steuerbüchettis geklochten, den zahlungsunfähigen Bürgern präsentieren. Sie sind ja wirklich nicht zu beneiden, die Herren Stadtkämmerer, in ihrer verzweifelten Lage zwischen einer Unmenge „zwangsläufiger“ und darüber hinaus beschlossener Ausgaben auf der einen Seite und versiegenden Einnahmequellen auf der andern. Noch dazu, wo Reich und Länder die einträglichen Steuern beschlagnahmt haben und ihrer Bewegungsfreiheit enge Grenzen gesteckt sind. Solcher Zwang befruchtet die Erfindungsquelle, und die Folge ist eine bunte Schar von neuen Aufwandssteuern, deren Einführung jetzt überall erwogen und beschlossen wird. Der Gedanke liegt ja nahe; denn wer heutzutage noch nach außen hin sichtbaren „Aufwand“ treiben kann, von dem ist zu vermuten, daß er auch als Objekt für neue Steuerexperimente nicht unzugänglich ist. Und überdies hat die Aufwandsbesteuerung einen angenehmen sozialen Beigeschmack. Deshalb haben sich die Steuererhebgeber von altersher gern an die Merkmale des Wohlstandes, wie Silbergeschirr, Reitpferde, Lohnbedienter und Perücken, gehalten, und mutatis mutandis sind diese Extrabgaben auf den Luxus auch in alle modernen Steuerformeln übergegangen. Die Schwierigkeit ist nur die, daß so ziemlich alles, was wirklichen Luxus bedeutet, bereits irgendwie — oft doppelt und dreifach — erfasst ist, und daß infolgedessen die Ansprüche an solche Merkmale, die Wohlstand verkörpern sollen, immer niedriger geschraubt werden. Auf diese Weise droht das Gebiet der kommunalen Aufwandsbesteuerung zu einem Tummelplatz des übelsten Finanzdilettantismus zu werden.

Wir brauchen nicht weit zu schwelmen, um uns das durch eindringliche Beispiele zu Gemüte zu führen. In Dresden haben wir noch die Musikinstrumentensteuer in schlechter Erinnerung, die ihrer Kulturwürdigkeit inwischen zum Opfer gefallen ist. Aber der Rat zu Dresden hat sich dafür etwas anderes ausgedacht und will uns demnächst mit einer erhöhten Hunde- und dazu mit einer Katzensteuer aufwarten. Alle Proteste der Tierbesitzer und ihrer Vereine haben ihn bisher nicht von dem Plane abbringen können; es scheint vielmehr, daß er sich, wie auch beim neuen Umfachschem in der Straßenbahn, erst durch unangenehme Erfahrungen belehren lassen will. Denn überall, wo die Hundesteuer über ein vernünftiges Maß hinaus erhöht worden ist, sind eben in großer Zahl die Hunde notgedrungen „abgeschafft“ worden mit der Folge, daß das Steueraufkommen gleichgeblieben oder gar gesunken ist. Es ist kein Grund abzusehen, warum das in Dresden, wo der Steuerfuß die Grenze des Erträglichen längst erreicht hat, anders sein sollte. Bei der Katzensteuer kommen zu dem unausbleiblichen großen Katzensterben so große Schwierigkeiten der Erfassung hinzu, daß die Büroarbeit um all die herumstrolchenden Miezgen sich durch das Steuererträgnis nicht bezahlt machen wird. Ganz abgesehen davon, daß die Hunde- und Katzenhaltung ein sehr trügerisches Merkmal für den Wohlstand einer Familie ist. Die Zahl derer ist Region, die sich, eben weil sie sich kostspieligeren Aufwand nicht mehr leisten können, zur Tierhaltung entschlossen haben und jetzt mit Sorge um das Schicksal ihrer vierbeinigen Freunde bangen. Diese Auswirkungen sind alles andere als sozial.

Noch ernster sind die neuen Aufwandssteuern zu nehmen, deren Einführung zur Zeit in Berlin geplant wird, vor allem deshalb, weil das Beispiel der Reichshauptstadt in anderen notleidenden Gemeinden — und wo gibt es die nicht? — Nachahmung finden könnte. Dort hat sich die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion auf die Suche nach unausgenützten Wohlstandsmerkmalen gemacht und zwei gefunden, die auf den ersten Blick recht annehmbar erscheinen, nämlich die Beschäftigung von Hausangestellten und den Besitz einer großen Wohnung. Wer sich die Hausarbeit von fremden Arbeitskräften verrichten läßt und wer eine Luxuswohnung innehat, warum sollte der nicht auch für die leeren Stadtkassen noch etwas übrig haben? Diese Vogt scheint einzuleuchten, und doch ist auch hier der Schein wieder trügerisch. Denn sowohl die Hausangestellten wie die Wohnungssteuer erfordern einen Verwaltungsaufwand, der das Aufkommen fast erreichen dürfte. Schon die reichsgerichtlichen Vorschriften engen den Wirkungsbereich ein. Von der Hausangestelltensteuer wurden alle Haushalte ausgeschlossen, in denen beide Ehegatten erwerbstätig oder Kranke und Kinder in größerer Zahl vorhanden sind. Welche Unsumme von Arbeit würde schon die Kontrolle dieser stets veränderlichen Familienstandsmerkmale verschlingen! Und welche Neubelastung des Arbeitsmarktes müßte die Folge sein, wenn die Alten und Marien auch noch „versteuert“ werden müssen. Schon in den letzten Jahren ist die Beschäftigung von Hausangestellten zurückgegangen, und das

Schreckensherrschaft der Chicagoer Unterwelt

Bombenattentate im Schutze von Panzerautos und Maschinengewehren

Chicago, 3. Febr. Ein neues sehr schmerzhaftes Bombenattentat wurde heute schon wieder in Chicago verübt. Dieser Anschlag bildet in seiner Gewalt undurchsichtlichkeit den Höhepunkt der während des Winternendes ausgeübten Schreckensherrschaft der Chicagoer Unterwelt. Drei gewaltige Bomben wurden bei dem heutigen Attentat in die Luft gesprengt. Die Trümmer stoben in weitem Kreise in die Luft. Die Detonation und Erschütterung war so gewaltig, daß einzelne Stadtteile förmlich bebten.

Tausende von Häusern in einem Umkreis bis zwei Meilen wurden in die Luft gesprengt. Die Straßen waren im Augenblick mit entsetzlich schreienden Männern, Frauen und Kindern.

Die einstürzenden Gebäude bilden wahre Trümmerhaufen. Aus dem Durcheinander der Steinmassen ertönen Hilferufe und Schmerzensschreie. Eine unbeschreibliche Panik bemächtigte sich der Bevölkerung. Feuerwehr und Polizei sperrten die Unfallstelle ab. Allen Anschein nach galten die Anschläge verschiedenen Ladeninhabern, die sich den Forderungen der Verbrechertropps nicht willfährig zeigten. Seit dem vergeblichen

Versuch des neuen Polizeichefs Whalen, einige führende Chicagoer Verbrecher vor das Gericht zu bringen, hat die Unterwelt der Stadt eine wahre Schreckensherrschaft ausgeübt. Nach den bisherigen Ermittlungen will man kurz vor der Detonation einige verdächtige Individuen bemerkt haben, die sich in Automobilen schlunghaft entzogen. Nach Verdrehungen, die der Polizei zugegangen sind, haben die Verbrecher Panzerautos benutzt, die durch Maschinengewehre gegen etwaige Verfolger gesichert waren.

„Ali“ verhaftet

Berlin, 3. Februar. Der wegen des Anschlags auf den nationalsozialistischen Studenten Wessel gefaschte arbeitslose Tischler Albrecht Höhler, genannt „Ali“, ist heute festgenommen worden. Er hat seine Beteiligung an dem Ueberfall bereits angegeben. Wie erinnert, haben die äußeren Umstände der Tat, bei der Höhler mit einigen Freunden in die Privatwohnung des Wessel einbrach und diesen in Gegenwart von zwei Besucherinnen niederschlug, seinerzeit großes Aufsehen erregt.